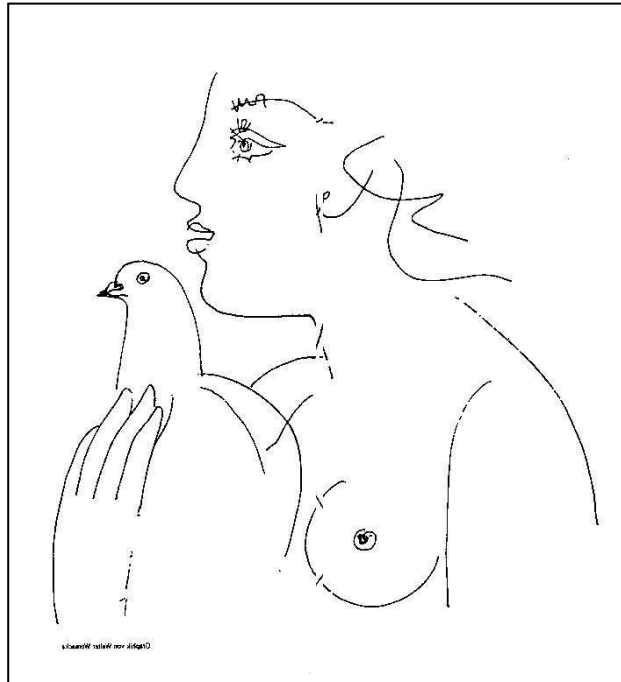


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr.112



Rechtsextremismus in Skandinavien als Teil eines europäischen Problems

von

Prof. Dr. Edeltraud Felte

Redaktionsschluss: 03. März 2013

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Am 22. Juli 2011 hat der norwegische Rechtsextremist Anders Behring Breivik durch ein Bombenattentat in Oslo 8 Menschen umgebracht und danach 69 Mitglieder des sozialdemokratischen Jugendverbandes des Landes in ihrem Sommerlager auf der Insel Utøya erschossen. Breivik ist inzwischen rechtskräftig als schuldig wegen Mordes und Terrorismus zur Höchststrafe von 21 Jahren und möglicher anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Die Bevölkerung hat den Schuldspruch ganz überwiegend begrüßt, nur ca. 4% wollten ihn in der Psychiatrie sehen. Rassistische Parteien und Milieus in Europa haben zunächst empört jeglichen Zusammenhang mit der Gedankenwelt des Massenmörders zurückgewiesen, schnell sollte die Bluttat als die eines wahnsinnigen Einzeltäters entsorgt werden. Allerdings bekamen Rechtsextreme in Europa auch Zulauf, Gewaltbereitschaft nahm - nicht selten unter Berufung auf Breivik - zu und Rassisten wie Jean-Marie Le Pen verbreiteten in dessen Sinn, dass die „Gefahr der Islamisierung Europas“ letztlich für derartige Gewalt verantwortlich sei, ebenso wie Politiker, die dies zuließen.

Die Verbrechen von Breivik, von denen in der einen oder anderen Weise jeder 4. Einwohner Norwegens betroffen ist, gelten als die größte Tragödie der norwegischen Gesellschaft seit der deutschen faschistischen Besetzung des Landes 1940/45. Wie konnte es aber in einem weitgehend von Krisen verschonten Land, dem internationale Erhebungen - ähnlich wie anderen skandinavischen Ländern - mehrfach bestätigt hatten, dass seine Bewohner zu den glücklichsten der Welt gehören würden, dazu kommen?

Bemüht, den skandinavischen Mythos aufrechtzuerhalten, haben kurz nach Bekanntwerden der Verbrechen von Utøya und Oslo die Regierungschefs von Dänemark, Schweden und Finnland dann auch eine gemeinsame öffentliche Erklärung „Unsere nordische Gemeinschaft steht auf gegen Extremismus“, abgegeben. Darin kommen allerdings die Worte „Rechtsextremismus“, „Rassismus“, „Islamfeindlichkeit“ nicht vor. Es gibt kei-

nen Bezug auf rechtsextreme und gewaltbereite Gruppierungen im Internet, auf aggressive Milieus und Stimmungen gegen Einwanderer aus anderen Kulturen und keinerlei Nachdenken über staatliche Politik, wo sie dies gefördert hat. Stattdessen wird in Reaktion auf ein zutiefst rassistisch motiviertes Verbrechen die „tiefe nordische Gemeinschaft“ beschworen. Das „nordische Gesellschaftsmodell“ und die Sicherheit gegen „extremistische Milieus“ sollen weiter ausgebaut werden. (www.dn.se/debatt/var-nordiska-gemenskap-star-upp 07.08.2010)

In einer Empfehlung des norwegischen Bildungsministeriums an alle Schulen des Landes, welche Begriffe für den Verbrecher Breivik benutzt werden sollten, kommen die auf gesellschaftliche Ursachen hindeutenden nicht vor.

Unter anderen in Berlin, Kopenhagen und Weimar ist das sog. Manifest des Breivik kommentarlos verlesen worden, Kommerz und Sensationslust haben zerstörte Menschlichkeit weltweit zur Schau gestellt. Inzwischen haben die Sensationsmedien neue Themen gefunden, während der norwegische Verbrecher Grüße und Beistandsparen u. a. an seine „liebe Schwester Beate“ (gemeint ist das Mitglied der neonazistischen Terrororganisation NSU Zschäpe) und einen verurteilten schwedischen rassistischen mehrfachen Mörder aus Malmö sendet. Breivik fordert seine Gesinnungskumpane auf, in seiner „antikommunistischen Widerstandsbewegung“ mitzuwirken.

Was sich in skandinavischen Ländern abspielt, bringt Allgemeingültiges in Europa zum Ausdruck. Da kommt nicht vor allem etwas „aus der Mitte der Gesellschaft“, wie gängig behauptet wird, sondern Interessen und entsprechendes Gedankengut hinter rechtsextremistischen Kräften werden *in* die Gesellschaft hinein getragen. Sie sollen verallgemeinert, mehrheitsfähig und auf diese Weise legitimiert werden.

Rassenideologie und Neofaschisten

Dem durchgängigen Tenor auch in deutschen Massenmedien, dass Breiviks Verbrechen mit faschistischem Gedankengut und Neonazis nichts zu tun hätten, stehen Tatsachen entgegen.

In seinem „Manifest“ „2083 – A European Declaration of Independence“, das er vor seiner Mordtat tausendfach im Internet an Adressen in vielen Ländern verbreitet hat, geht es um „Rassenreinheit“ und „Rassenverräter“, um den „Schutz des nordischen Volksstammes“, um einen notwendigen Kampf gegen die „demographische Bombe“ oder „die Islamisierung Europas“, die die westliche Kultur vernichten werde. Frauen sollten Mütter sein und dafür sorgen, dass genügend europäische Kinder geboren werden. Schließlich wird behauptet, dass die gegenwärtigen politischen Systeme von „Liberalismus und Marxismus“ korrupt seien und ihr Sturz mit Waffengewalt die einzige Möglichkeit der Rettung wäre. Im Zusammenhang mit seiner behaupteten „notwendigen ethnischen Reinigung Norwegens“ nannte Breivik Hitlerdeutschland die „letzte echte Demokratie in Europa“. (Vgl. Klassekämpfen, Netzausgabe v. 18.4.2012; Terrormanifestet, www.aftonbladet.se/kultur/article13391464.ab)

In seinem „rassisch reinen arischen Europa“ und einer zu schaffenden „neuen Wirtschaftszone“ sollten Menschen aus der 2. und 3. Welt mit max. 12-monatiger Aufenthaltserlaubnis arbeiten dürfen, wo sie gebraucht würden. Ein Vergleich mit Hitlers „Mein Kampf“ und mit dem Konzept der „Forschungsstelle für Wehrwirtschaft“ von 1941, wo der Begriff der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ eingeführt wird, und in der „fremde Rassen“ für bestimmte Zeiten arbeiten sollten, offenbart bis hin zur aggressiv vernichtenden Sprache wes Geistes Kind Breivik ist. (Vgl. H. Hilse in: Sozialistische Zeitung, Köln, Nr.8/9, 2011)

Der Schoß ist fruchtbar noch

Neofaschistische Gruppierungen bilden in allen skandinavischen Ländern einen *außerparlamentarischen und gewalttätigen*

Zweig des Rechtsextremismus. In **Norwegen** organisierten sie sich seit 1948 unter wechselnden Namen und mit allseitiger Hilfe von unbehelligt gebliebenen schwedischen Nazis. Verbindungen wurden zu dänischen und deutschen sowie zu europäischen Zusammenschlüssen und zur Weltorganisation der Nazis (WUNS) aufgebaut, später auch zu englischen und US-amerikanischen Organisationen. Es wurden Zeitungen herausgegeben, von denen noch heute eine unter dem ursprünglichen Titel existiert, Jugendorganisationen gebildet, Treffen veranstaltet und Aktivitäten abgestimmt. In den Folgejahren wurde vor allem wegen ablehnender Haltungen in der Bevölkerung eine offene Identifikation mit dem Faschismus vermieden, entsprechende Symbole und Parolen wurden stärker durch altnordische Runen, Flaggen und Mythen ersetzt. Seit Mitte der 70er Jahre wurden in diesen Strukturen, wie in allen skandinavischen Ländern, sogenannte Kampfverbände oder Aktionsgruppen gebildet, im Waffengebrauch trainiert und für Sprengstoffattentate geschult. Norweger nahmen an Trainingslagern von Neofaschisten in der Bundesrepublik und Italien teil. (Im Zuge der Ermittlungen gegen Breivik wurde Verbindungen zu Nazis in Bayern nachgegangen.) Bei Razzien wurden Mengen von Schuss- und Stichwaffen, Sprengstoff u. a. gefunden. Bereitschaft zu „Terror“ wurde offiziell Teil der Bewegung. Rassistische Parolen gegen Schwarzafrikaner, für die Unterstützung des südafrikanischen Apartheid-Regimes und hetzerischer Antikommunismus wurden offen vertreten. Von den Mitgliedern der Organisationen wurde „Rassenreinheit“ und „Kampfeswille“ gefordert. Seit 1979 wurden Bombenattentate u. a. auf Moscheen, auf Zentren und Geschäfte von Einwanderern und auf antifaschistische Journalisten verübt und es war vom notwendigen Schutz des „nordischen Volksstammes“ gegen „Einwandererpack“ die Rede. In den 1980er Jahren entstanden die „Volksbewegung gegen Einwanderer“ und die Partei „Stoppt die Einwanderung“. Arbeitsplätze und Wohnungen sollten der norwegischen Jugend gegeben werden. In Schulen wurde zu

Gewalt gegen Ausländer aufgerufen. Es waren etwa 20 pro- und neofaschistische Gruppierungen im Lande, auch als Zweig internationaler Gruppierungen wie „Weißer arischer Widerstand“ bis hin zu einem norwegischen Ku Klux Klan, aktiv. Hetzkampagnen gegen Einwanderung waren zu dieser Zeit, was Beteiligte und Dynamik anging, ohne Beispiel in den anderen skandinavischen Ländern. (Vgl. S. Larsson/A.-L. Lodenius, *Extremhögern*, Sth. 1994, S. 237)

Ende der 80er Jahre wurde mit „Tausenden Waffen und der Unterstützung durch viele Offiziere“ gedroht, wenn die Regierung ihre Einwanderungspolitik nicht ändern würde. Hier ging es bereits, wie bei Breivik, gegen „Verräter im eigenen Land“. Nachgewiesen ist, dass Breivik neofaschistische Netzadressen wie „Stormfront“ und „Weiße Macht über die ganze Welt“ und solche mit direkten Anleitungen für Sprengstoffattentate benutzt hat. Netze, in denen auch rassistische Täter in seinem Land vor ihm aktiv waren. Der Mörder eines Einwanderers wurde 2008 für psychisch krank erklärt und nicht verurteilt. Seinem Organisationsgeflecht wurde nie nachgegangen. (Vgl. *Aftenposten*, Oslo, v. 29.11.2011) Mehrfach sind Kontakte der Nazis zum norwegischen Militär, zu Heimwehr und Polizei aufgedeckt worden. Als die World Union of Nationalsocialists (WUNS) in den USA rekonstruiert wurde, haben der neofaschistische „Nationale Verband Schwedens“ und „Norwegens Nationalsozialistische Bewegung deren Europäische Sektion“ 2006/07 initiiert. Breivik war in entsprechenden Internet-Foren präsent.

In **Skandinavien** sind u. a. international agierende „White Power“- Gruppierungen und die neonazistische „Blood & Honour“ aktiv. Da werden auch Verbindungen zum deutschen NSU und von diesem nach Skandinavien aufgedeckt. (R. Heilig in: *Neues Deutschland*, Berlin, v. 18.2.2013) Die „Liga des Antikommunismus“, die Kontakte in über 100 Ländern pflegt, ist im Norden ebenfalls präsent. Der ökonomisch außerordentlich starke Rechts-Rock-Markt („Rock against Communism“) hat in

Schweden zumindest zeitweilig seine stärksten Vertretungen weltweit gehabt. Die „Nationalsozialistische Bewegung Dänemarks“ ist aggressiv gegen die dänische Friedensbewegung und die Umweltschutzbewegung vorgegangen. Ihr Vorsitzender war Generalsekretär einer Vereinigung von Faschisten aus 29 Ländern. Im März 2012 waren Rechtsextremisten aus der dänischen Stadt Århus und ein Veteran der Neonaziszene des Landes mit Verbindung zu „Blood & Honour“ die Ausrichter eines Treffens der berüchtigten „European Defence League“ in der Stadt. Zum norwegischen Zweig dieser Gruppierung hatte Breivik enge Kontakte.

Auch dies also Gründe, dass ein Gutachter Breivik vor Gericht als Faschisten bezeichnet hat und ein gleichfalls norwegischer Professor für Religionswissenschaft gemahnt hat, wachsenden Neofaschismus ernst zu nehmen.

In den Jahren 1993, 2003, 2005 lag der Schwerpunkt rassistisch - neofaschistischer Gewalttaten im Norden, in der europäischen Öffentlichkeit wohl wenig beachtet, in **Schweden**. Moscheen in Malmö und Trollhättan brannten, Serientäter schossen auf Menschen anderer Kulturen, ein antirassistisch aktiver Gewerkschafter wurde erschossen, Homosexuelle wurden ermordet. Die Polizei konnte die Täter oft nicht finden, es gab erschreckend milde Strafen oder rechtsextreme Motive waren nicht zu erkennen. Dagegen gab es deutlichen Widerstand u. a. aus den Gewerkschaften. Auf Initiative der damaligen sozialdemokratischen Regierung wurde 2003 ein staatlich gefördertes „Forum für lebende Geschichte“ gegründet, das auf diese schlimmen Gewaltwellen aufmerksam gemacht hat.

(Forum för levande historia, Västerås 2008) Das Forum wurde später von der bürgerlichen Regierungskoalition nicht mehr gefördert. Um 2010/11 wurde das Land von neuen rassistischen Gewalttaten heimgesucht.

Verflechtungen mit etablierten politischen und wirtschaftlichen Strukturen

Ideen von „Über- und Untermenschen“, rassistisches Denken hat in **Schweden** vor der Wende zum 20. Jahrhundert mit Untersuchungen zur „schwedischen Rasse“ und der Gründung einer „Schwedischen Gesellschaft für Rassenhygiene“ 1909 ihren Ausdruck gefunden. Das weltweit erste staatliche Institut für „Rassenbiologie“ wurde 1921 im schwedischen Uppsala gegründet. Es sollte dazu beitragen, „den Selbstbewahrungsinstinkt der Kulturvölker“ zu fördern und eine „reinere schwedische Rasse“ zu schaffen. Es beeinflusste Regierung und Öffentlichkeit in Richtung der 1934 erfolgten schwedischen Gesetzgebung zur Zwangssterilisation, das im Kontakt mit Nazi-Deutschland nach 1941 nicht „nur“ gegen Kranke, sondern zunehmend gegen sozial Entwurzelte, Wohnsitzlose und Sinti und Roma höchst „effektiv“ angewendet wurde. (Vgl. G. Broberg & M. Tyden, *Oönskade i folkhemmet*, Värnamo 1991).

Die Erbmasse des schwedischen Volkes sollte im Interesse seines wirtschaftlichen Leistungsvermögens und der Erhöhung des Wohlstandes des einzelnen nicht durch Einwanderung zu vieler „Fremder“ und nicht durch „minderwertige Erbanlagen“ in der eigenen Bevölkerung beeinträchtigt werden. Mit einer auch unterschwellig lancierten Motivation *ökonomischer* Nützlichkeit der Rassenbiologie wurden Einwände gegen entsprechende staatliche Politiken nicht wirksam.

Wurzeln des Neofaschismus reichen in Schweden auch in nationalkonservatives Gedankengut um den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Einer ihrer Hauptvertreter verkündete 1910, dass sich das Volk nach einem „starken Mann“ sehnen würde und dass statt eines „Klassensozialismus der Arbeiter“ ein „Nationalsozialismus des Volkes“ zu schaffen wäre. In diesem Kielwasser wurde 1915 „Schwedens Nationaler Jugendverband“ als Kern einer der ältesten nazistischen Organisationen weltweit gegründet.

Die enge Verflechtung von rechtskonservativem und rassistisch-faschistischem Gedankengut und Milieus mag zum Teil erklären, weshalb rassistisch-faschistisches Gedankengut, vor allem in der Zeit des deutschen Faschismus, so starke Positionen in der Wirtschaft, der Wissenschaft, im Beamtentum, bei Militär, Polizei und im Königshaus hatte, obwohl die vielen offenen nazistischen Parteien und Organisationen, Berufsverbände etc. nur einen relativ geringen Masseneinfluss hatten. Schwedische Banker waren Hitlers Berater. Der militärische Oberbefehlshaber hat gemeinsam mit Führern nazistischer Organisationen Hitler persönlich zu dessen 50. Geburtstag in Berlin seine Aufwartung gemacht. Belegt sind engste Kontakte aus den schwedischen wirtschaftlichen und staatlichen Eliten zu Führungskreisen des faschistischen Deutschland. (Vgl. K. N. A. Nilsson, *Svensk överklass och högerextremism under 1900-talet*, Sth. 2000) Auf vielen Gebieten wurde zumindest bis zur Wende im Krieg 1943 mit Nazi-Deutschland im Geiste der „nordisch-germanischen Identität“ zusammengearbeitet. (Vgl. B. Almgren, *Illusion und Wirklichkeit*, Sth. 2001)

Rassenideologie, ihre Verfechter in Wirtschaft und Staat waren nach dem Krieg nicht verschwunden. Und eine wirkliche Aufarbeitung des Nazismus in Schweden und personelle Konsequenzen hat es u. a. unter Hinweis auf den neutralen völkerrechtlichen Status des Landes und dass ja alles so anders als im faschistischen Deutschland gewesen sei, kaum gegeben. So wurde 1954 in Schweden eine landesweite Polizeirazzia und Registrierung von Sinti und Roma nach Methoden in Nazi-Deutschland vorgenommen. Das Gesetz für Zwangssterilisationen war bis 1974 in Kraft. Für Kontinuität steht z.B. der schwedische IKEA-Gründer Kamprad, der seit 1943 Mitglied der schwedischen Nazipartei „Schwedische Sozialistische Sammlung“ war und nach dem Weltkrieg sich wieder sammelnde Nazis auch finanziell förderte. Auch gegenwärtig huldigt er der schwedischen extrem antikommunistischen, faschistischen Ikone Per Engdahl, der von 1926 bis zu seinem Tode 1994 perma-

ment im neofaschistischen Milieu aktiv war und auch in internationalen Netzwerken der Nazis eine Rolle gespielt hat. (http://expo.se/2011/allvarligt,-kamprad_4241.html) In der Zeit der faschistischen Pinochetdiktatur in Chile und des rassistischen Apartheidregimes in Südafrika waren schwedische Unterstützerorganisationen auch in etablierten und einflussreichen Strukturen des Landes aktiv. Schwedische Konzerne haben, vom sozialdemokratisch geleiteten Staat abgesichert, mit Rassisten kräftig Geschäfte gemacht.

In allen drei Ländern sind rassistische und neofaschistische Kräfte mit jenen Etablierten in der Administration der Außenpolitik, im Militär, in Polizei und Sicherheitspolizei, in Parteien, Unternehmerorganisationen, Medien und CIA-abhängigen Organisationen in Verbindung, die auf kriegerische Lösungen von Konflikten, auf eine expansive Rüstungsindustrie und die enge militärische Zusammenarbeit mit den USA und der Nato setzen. Hier wurde auch Neonazis der Weg in den öffentlichen Raum geebnet. Es gab Personalunion, brutale Hetze und Drohungen u. a. gegen friedensfördernde außenpolitische Positionen des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und langjährigen Ministerpräsidenten Schwedens Olof Palme. Mitte der 80er Jahre wurde aus diesem Milieu offene Mordhetze gegen seine Person betrieben, verbunden mit „tatbereitem“ Antikommunismus. Olof Palme wurde 1986 ermordet, der oder die Täter wurden nie gefunden.

Bleibt festzuhalten, dass die offen und aggressiv auftretenden gewalttätigen neonazistischen Kräfte in allen drei skandinavischen Ländern zwar keine zahlenmäßig große, öffentlich wahrnehmbare Anhängerschaft haben, aber ihr Gedankengut und ihre Zielstellungen werden in die Gesellschaft hinein verbreitet und sind in Machtstrukturen politikwirksam. Nützlich waren und sind *extrem* rechte Positionen und Kräfte auch deshalb, weil sie rechtskonservative an der Macht, gemäßiger und somit akzeptabler erscheinen lassen.

Rechtspopulisten in die Parlamente

Seit den 70er Jahren entstand in allen skandinavischen Ländern ein *parlamentarischer Zweig des Rechtsextremismus*.

In **Norwegen** baute der aktive „Kämpfer gegen den Kommunismus“ Anders Lange, Sekretär der nationalistischen „Vaterlandsgesellschaft“, die 1936 Hitler und Mussolini für den Friedensnobelpreis nominierte, Brücken zwischen rechtsextremen Gruppierungen und ließ verdeckt rassistische, antisemitische Inhalte und Anleitungen zum Bombenbauen verbreiten. Zugleich vertrat er radikal neoliberale Botschaften. Er gründete eine Partei mit seinem Namen, die bereits 1973 in das Landesparlament einzog. In den Folgejahren entwickelte sie sich u. a. mit Losungen von weniger Steuern und Bürokratie, Einschränkung des öffentlichen Sektors und höheren Renten und - seit den 80er Jahren dominant - mit Kritik an der Einwanderungspolitik des Landes und mit Warnungen vor „der „Übernahme des Vaterlandes durch Asylbewerber“ zur sog. Fortschrittspartei (Frp). Breivik hat zeitweise dort Funktionen bekleidet. Gegenwärtig ist die Partei - seit dessen Verbrechen verbal zurückhaltender - mit 23% der Stimmen zweitstärkste Kraft im Landesparlament.

Ähnlich, mit Wurzeln im Nazi- und im kriminellen Milieu, wurden, nach kurzlebigen anderen rechtspopulistischen Parteien und erst 1988 in **Schweden** die von Anbeginn fremdenfeindlichen und rabiat neoliberalen „Schwedendemokraten“ (SD) gegründet. Im Folgenden profitierten sie von einer schweren Wirtschaftskrise in den ersten 1990er Jahren. Um Masseneinfluss buhlend sind sie, demokratisch und sozial und vor allem verbal „geläutert“, seit 2010 mit 5,7% der Stimmen im Reichstag präsent. Mit nahezu 300 Sitzen in Kommunalparlamenten haben sie ihre Mandate seit 2006 verdoppelt und stehen nun laut aktuellen Umfragen bei ca. 9% Wählerzustimmung. In Kommunen und im Reichstag treten sie gegen Arbeitslosigkeit und Verarmung von Kommunen und nun stärker „nur“ gegen

„kriminelle Ausländer“, für die Senkung der Kosten für Asylbewerber etc. auf. Mit weitgehendem Verzicht auf brutale rassistische und gewaltorientierte Rhetorik und entsprechendes angsteinflößendes Auftreten ähneln sie - ohne ihre Inhalte aufzugeben - anderen fremdenfeindlichen rechtspopulistischen Parteien in deren Kampf um Parlamente und Regierungseinfluss.

Während in Norwegen und Schweden die Rechtspopulisten ihre Wurzeln im Nazimilieu haben und den Anschluss zur großbürgerlichen, neoliberalen Rechten such(t)en, ist in **Dänemark** die Glistruppartei mit dem Ende der Prosperität der Wohlfahrtsgesellschaft aus deren Mitte als Protestpartei auf einer Welle der Steuerrevolte entstanden und 1973 mit 16% in das Landesparlament eingezogen. Später erst, mit zunehmender Ausländerfeindlichkeit, hat sie Anschluss an Neonazis gesucht. Dem waren in den 1960er Jahren mehrere Wellen von Arbeitsimmigranten und eine Wirtschaftskrise mit ungewöhnlich hoher Arbeitslosigkeit vorausgegangen. Aus ihr spaltete sich 1995 die von Anbeginn ausländerfeindliche Dänische Volkspartei (DF) ab, die bei den Parlamentswahlen 2001 mit 13% zur Stützpartei der bürgerlichen Koalition werden konnte. Bis zu deren Abwahl im September 2012 hat sie von allen rassistischen Parteien in Europa Regierungshandeln am stärksten beeinflusst. Unter dem damaligen konservativen Regierungschef Anders Fogh Rasmussen, heutiger NATO-Generalsekretär und Befürworter der israelischen Siedlungspolitik, wurde u. a. die Einbürgerung von Migranten und der Zuzug von Familienangehörigen erschwert sowie ein Heiratsverbot für unter 24-jährige erlassen. Als Stützpartei der Regierung ist die Dänische Volkspartei salonfähig und sind die Grenzen zu den Konservativen noch durchlässiger geworden. Was andere populistische Parteien erst später versucht oder durchgesetzt haben, nämlich die öffentliche Trennung von Gewalttätern, die Vermeidung brutal aggressiver Sprache und ein strenges Disziplinarregime von oben nach unten in der Partei hat hier frühzeitig dazu beigetra-

gen, rechtspopulistisches Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Es wird weniger ein biologischer Rassebegriff als vielmehr einer des „Kampfes der Kulturen und Zivilisationen“ strapaziert. Nach den Verbrechen in Norwegen hat die Dänische Volkspartei bei den Wahlen im Herbst 2011 noch immer 12,3% der Wähler hinter sich gebracht. Sie ist zurzeit als einzige skandinavische Partei unter den 41 rechtsextremen und fremdenfeindlichen Abgeordneten im Europaparlament vertreten.

Grenzenloser Sarrazin

Die von Thilo Sarrazin verkündeten Bedrohungsszenarien, islamische Einwanderer könnten sich nicht integrieren und würden die deutsche „Bevölkerungsqualität“ gefährden, (Vgl. Deutschland schafft sich ab, München 2010) werden analog von Rassisten in allen drei skandinavischen Ländern ebenso wie in Holland und Österreich als deren Kernthesen vertreten. Und Befragungen in den skandinavischen Ländern 2011 wiesen aus, dass jeweils zwischen 50 und 60% der Bevölkerung „den Islam“ als Bedrohung für die Einheit der Gesellschaft, für ihre Kultur und ihre Werte empfinden würden.

Zugleich haben vielfach liberale bürgerliche Kräfte Antirassismus fallen gelassen und Themen der Rechtspopulisten übernommen. Konservative in Skandinavien machen wechselseitig in ihren Ländern Rassisten als „ganz normale Parteien“ hoffähig, weil sie nun in Parlamenten sitzen. Der Einzug der Schwedendemokraten 2010 in den Reichstag ist wesentlich ihrem Durchbruch in allen großen Medien des Landes geschuldet. In Dänemark werden immer öfter Anklagen wegen rassistischer Hetze fallen gelassen und Politiker der Konservativen und der Dänischen Volkspartei wollen das Gesetz zur Verfolgung dieser Straftaten ganz und gar abschaffen.

In Schweden wird in Auseinandersetzung mit Sarrazins Behauptungen im gewerkschaftsnahen „Aftonbladet“ mit Recht darauf hingewiesen, dass er das Klassenproblem zu einem eth-

nischen und das der Bildung zu einem der Gene macht. Es sei unmöglich, hier nicht an die faschistische Rassenlehre zu denken. Rassismus sei auf dem Wege, über Fremdenfeindlichkeit und die Inszenierung einer „öffentlichen Meinung“, wieder zur Norm in Europa zu werden. Dazu trage das Sarrazin-Buch bei. (Aftonbladet, Sth., v. 24.10.2010) In der Debatte wird auch darauf aufmerksam gemacht, dass alle Industrieländer „Einwanderer für Wachstum“ haben wollen und keine „Schwachen“. (Sydsvenskan, Malmö, v. 18.10. und 9.11.2010) Hier sei an die eingangs erwähnte „neue Wirtschaftszone“ von Breivik erinnert.

Bleibt festzuhalten, dass Rechtspopulismus als Einfallswinkel von Rassismus und Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft fungiert. Er baut, auch über rechtskonservative Kräfte, Brücken für faschistisches Gedankengut und für Interessen dahinter in das bürgerlich-demokratisch etablierte politische System, in seine Parlamente und Regierungen hinein. Er ist nicht etwas, das aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Er bedient mitunter wenig sichtbare aber mächtige Interessen an Rechtsextremismus und ist auch deshalb gefährlich.

Aktuelle Gefahren

Seit dem 11.September 2001 wurde im Rahmen des sog. Antiterrorkampfes „der Islam“ als eine „neue weltweite totalitäre Bedrohung“ heraufbeschworen und in jüngerer Zeit kooperieren europäische Rassisten u. a. der Schwedendemokraten, der belgischen Vlaams Belangs, der holländischen Wilderspartei, der FPÖ sowie der deutschen Die Freiheit und der PRO-NRW mit extrem Rechten aus dem Umfeld der Republikaner in den USA wie auch der Yisrael Beiteinu des früheren israelischen Außenministers Lieberman. Die Unterstützung der aggressiven israelischen Staatspolitik vor allem gegenüber den Palästinensern scheint über Europa hinaus eine wichtige Komponente rechtsextremer Strategie zu sein. Die Schwedendemokraten be-

kommen offen Unterstützung aus einflussreichen Kräften der Wirtschaft, die auch deutsche Rassisten fördern. (Vgl. Expo, Sth., 2/2011) Analysten kommen zu dem Ergebnis, dass deutsche Gruppierungen im internationalen Kontext aktiver und Kontakte zu Neofaschisten in Osteuropa, u. a. ihre Ausbildung an Waffen dort, wichtiger werden. Geschichtsrevisionismus spiele in den Netzwerken eine immer größere Rolle. (S. Larsson/A.-D. Lodenius, Extremhögern, a.a.O.) Das Internet sei für alle zum wichtigsten Medium für Kommunikation, Propaganda, Aufmärsche, internationale Kooperation aber auch für zunehmende ideologische und Bildungsaktivitäten geworden. Die Rede ist von einem „braunen Gemeinschaftsgefühl im Internet“, das über europäische Ländergrenzen und darüber hinaus funktioniert. Breivik hatte übrigens Wikipedia angepriesen, genutzt und gefordert, es „weiter“ zu unterwandern.

Schwedische Forscher schätzen ein, dass bei ihnen von allen skandinavischen Ländern, die rechtsextreme Szene am stärksten ist. Neuere Untersuchungen, auch zunehmende antijüdische Verhaltensweisen im Alltag und rassistische Straftaten, die zumeist nicht aufgeklärt wurden, weisen darauf hin, dass bei schnell wechselnden Erscheinungsformen und der europaweiten Islamhetze der Rechtsextremen, dennoch Antisemitismus im Lande der Kern der rassistischen Ideologie im Untergrund bleibe. (Sydsvenskan, a.a.O., v.4.12.2012;

<http://skma.se/2011/12/terrordaden-i-norge-anvands-for>)

Dazu gehören die Leugnung des Holocaust und die erneute Verbreitung einer „internationalen jüdischen Verschwörung“. Daraus erwachsen Widersprüche zu den „Kämpfern gegen den Islam“ und auch weitere Splitterungen im rechtsextremen Milieu.

„Freiheit wichtiger als Demokratie“

Bei allen Widersprüchen und Wandlungen im Rechtsextremismus wird insgesamt kontinuierlich darauf hingearbeitet, die

bürgerlich-demokratische Staatsform zu unterwandern und sie schließlich durch autoritäre Regimes zu ersetzen. Auch hier gibt es fließende Übergänge in die etablierten rechtskonservativen, nationalistischen Milieus. So wird bereits diskutiert, dass etwa 20 Prozent der 18- bis 29-Jährigen in Schweden ein „diktaturähnliches politisches System, das nicht auf Reichstag und Wahlen Rücksicht nehmen müsste“, begrüßen würden. (Dagens Nyheter, Sth., v.3.8.2011) Und in der traditionell besonders reaktionären Jugendorganisation der konservativen Sammlungspartei des Ministerpräsidenten heißt es dazu, dass man nun für „notwendige revolutionäre Veränderungen“ mehr Menschen gewinnen müsse, und dass letztlich Freiheit wichtiger sei als Demokratie. (Svensk linje, Sth. 2/11, S.5f.) Ähnliche Stimmungsbilder werden aus der Bundesrepublik bekannt. Soll damit auch diese gefährlich antidemokratische Zielstellung des Rechtsextremismus *in* die Mitte der Gesellschaft *getragen* und akzeptabel gemacht werden?

Im Zusammenhang mit dem Erstarken gewaltbereiter rechtsextremistischer und neofaschistischer Parteien und Organisationen in Griechenland, Ungarn, der Ukraine, in Polen, in baltischen Ländern und in Russland sprechen schwedische Analysten von einer explosiven Situation. Dabei verweisen sie auch auf zunehmenden Hass und staatliche Gewalt gegen die Sinti und Roma als größter nationaler Minderheit in Europa. (Vgl. L. Bjurwald, Europas skam. Rassister på fremmarsj; Aftenposten, Oslo v. 29.11.2011)

Ursachen und begünstigende Bedingungen für Rechtsextremismus

Bis in die 70er Jahre spielten historisch-ideologische, geistige, an Emotionen und Instinkte anknüpfende Faktoren und die Zugehörigkeit zu einer internationalen Bewegung von „Auserwählten“, gegenüber sozial-ökonomischen Ursachen eine relativ eigenständige Rolle. Mit dem Ende der wohlfahrtsstaatli-

chen Prosperität, mit Wirtschaftskrisen, zunehmender sozialer Unsicherheit und Arbeitslosigkeit, mit Sozialabbau und mit Privatisierungen im Bildungs- und Gesundheitswesen auch in den skandinavischen Ländern, zogen im täglichen Leben vieler Menschen offen geforderte Egoisten ein, soziale Kälte, Verachtung von „Schwachen“, Hetze gegen Arbeitslose, Kranke, „Sozialbetrüger“. Nicht „effektiv“ auszubeutende Arbeitskräfte, vor allem Jugendliche und weniger Qualifizierte, werden in einen neuen Gesellschaftskompromiss nicht einbezogen und für viele „Leistungsträger“ werden die Bedingungen schlechter. Werte von sozialer Gleichheit, Kollektivität, Solidarität und einem sozialen Gehalt von Demokratie gingen in dieser Wirklichkeit, vom „Markt“ gesteuert und am stärksten unter bürgerlichen Regierungen, mehr und mehr verloren. Hinzu kam wohl als skandinavische Spezifik eine tiefe Enttäuschung, vor allem in Dänemark und Schweden, über unerfüllte soziale Versprechen einer jahrzehntelangen sozialdemokratischen Regierungsausübung. Zumindest spricht dafür, dass die Rechtspopulisten bisher am meisten Stimmen von der Sozialdemokratie bekamen. Die etablierten Parteien wurden sich im neoliberalen europäischen Trend immer ähnlicher und boten für Mehrheiten keine wirklichen Lösungen an.

Vor diesem Hintergrund haben seit den 1960er Jahren Einwanderungswellen in den skandinavischen Ländern und - trotz vielfacher Bemühungen - unbewältigte Integrationsprobleme Rechtspopulismus gefördert. Ca. 30% der Einwohner von Oslo haben ausländische Wurzeln. Der Stadtteil Grønland steht mit seinen gut 40% für eine gescheiterte Integrationspolitik, für ghettoähnliche Bedingungen. Verantwortlich für die Flüchtlingsströme waren vor allem Kriege und Krisenherde in der Welt, für die der reiche Norden, einschließlich der skandinavischen Länder, mit verantwortlich ist.

Unter diesen Bedingungen verbanden sich faschistischer und kultureller Rassismus mit Sozialdarwinismus und verstärkten sich wechselseitig. Aus ihnen wächst der gegenwärtige Rechts-

extremismus. Seine Quellen haben gemeinsam, dass sie aus der Ungleichheit von Menschen eine *Ungleichwertigkeit* machen. Und die soll von jeher Ausbeutung von Menschen durch Menschen rechtfertigen. Schwedische Rassisten haben das Mitte der 80er Jahre so ausgedrückt: "Wir können ihnen (den Ausländern, E.F.) ja Arbeit geben, aber das heißt ja nicht, dass wir ihnen Lohn geben müssen." Das ist der grundlegende Ursachenzusammenhang zwischen dem Wesen des Kapitalismus und Rassismus. Der ist konstant, wurde unterschiedlich praktiziert und im „nordischen Gesellschaftsmodell“, beispielhaft im europäischen Nachkriegskapitalismus bis in die 1970er Jahre, gemildert aber nie unterbrochen. In Krisenzeiten wird er aktiviert: Den Ausgebeuteten, Verunsicherten, Gedeemütigten im eigenen Land wird eine Zugehörigkeit zu den „Überlegenen“, „Starken“, den „Weißen“, den „Nordischen“ suggeriert und so versucht, aus der Klassenfrage eine ethnische zu machen. Das ist eine alte Methode zur brutaleren Kapitalverwertung, die – so nicht benannt- laut UNO und EU zu einem weltweiten Trend verstärkt wird, nämlich: Einwanderung für Wirtschaftswachstum! Das ist das marktdiktierte Kriterium für weltweite Migrationspolitik, die ein Nährboden für Rassismus und Neofaschismus ist.

Insgesamt scheinen Entwicklungen in den USA, Großbritannien etc. und die Zunahme von Gewalt in internationalen Beziehungen auch in unserem Zusammenhang immer bedeutsamer zu werden.

Hinzu kommt aktivierter subtiler bis rabiater Antikommunismus, der als Kampf gegen „jeglichen Extremismus“ auch in Skandinavien und von Amts wegen, eine Quelle und eine Konstante des Rechtsextremismus in allen seinen Zweigen ist und der den Widerstand gegen ihn schwächt.

Zu bedenken ist weiterhin, dass insbesondere seit der Hysterie des „Antiterrorkampfes“ demokratische Grundrechte auch in Skandinavien eingeschränkt und Repressivorgane der Staaten

gewaltbereitem Rechtsextremismus zumindest Vorschub leisten. Inzwischen wird in allen drei Ländern in offiziellen staatlichen Berichten eingeräumt, dass die Aufmerksamkeit der zuständigen Organe vor allem auf den „islamistischen Terror“, auch auf „Linksextreme“, gerichtet und die Gefahr von rechts vernachlässigt wurde. Auch das Massaker von Breivik lässt viele Fragen offen, weshalb der Mörder seine Verbrechen jahrelang unentdeckt vorbereiten und am 22.07.2011 eine Stunde lang unbehelligt auf wehrlose Menschen schießen konnte. In einem offiziellen Untersuchungsbericht zu den Verbrechen werden die *Ursachen* für festgestellte Pannen, Versäumnisse, Informationsverluste, Leitungsmängel bei Polizei und Behörden etc. nicht erkennbar. (Aftenposten, Oslo, v. 14.8.2012)

War das auch eine Panne, dass in Schweden 30 besonders aggressive Neonazis zur „Resozialisierung“ ins Militär geschickt und dort an Waffen ausgebildet wurden?

Und es gehört hierher, dass Dänemark und Schweden im Dezember 2011 gegen eine UNO - Resolution gestimmt haben, die tiefes Bedauern über die Rehabilitierung des Nazismus, über Geschichtsrevisionismus und über wachsenden Rassismus und Fremdenhass in der Welt zum Ausdruck gebracht hat. Norwegen hat sich der Stimme enthalten. (Vgl. Friheten, Oslo, v. 23.4.2012) Norwegische Antirassisten sprechen von einem „staatlichen Rassismus“, neben dem „organisierten“ und dem des Alltags, die als „drei Köpfe vom Troll des Kapitalismus“ zu bekämpfen seien.

Schließlich sei darauf verwiesen, dass im gesamtgesellschaftlichen Kontext selbstverständlich auch persönliche Fehlentwicklungen einzelner für rechtsextremistische Gewalttaten relevant werden können. Dies ist oft mit zunehmendem Irrationalismus in der Gesellschaft, mit unbewältigten Widersprüchen zwischen bisherigen national gewachsenen Lebensweisen und der gegenwärtigen Art von Globalisierung, mit Esoterik, Faszination von Gewalt, zunehmendem Einfluss von Konspirationstheorien und mit generellem Kulturverfall verbunden.

Aber auch dies bleibt festzuhalten:

Frauen und Männer, Initiativen und Organisationen, Kräfte in Gewerkschaften und in Parteien setzen in den skandinavischen Ländern wie anderswo, Aufklärung, Widerspruch, Widerstand und ihre Lebensweise den rechtsextremistischen Gefahren entgegen. Dabei können sie an besten demokratischen und antifaschistischen Traditionen ihrer Völker und an internationalistischer Solidarität anknüpfen.